

VERTRAULICH

Besuch des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes der
Bundesrepublik Deutschland, Herr Günther van Well, in Bern
vom 17. - 18. April 1978

1. Botschafter Weitnauer leitete die Konsultationen mit einigen Bemerkungen über die schweizerische Aussenpolitik im allgemeinen ein. Im Hinblick auf die UNO-Beitrittsproblematik der Schweiz und angesichts des Interesses des Gastes, erläuterte Botschafter Weitnauer eingehend die Besonderheiten unseres Regierungssystems ("Parzellierung der Macht") und der direkten Demokratie, in welcher ein "Volksnein" nie endgültig sei; im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik, wo ein negativer Entscheid eher permanenten Charakters bzw. der betreffende Fachminister genötigt sei, "die Konsequenzen zu ziehen".

2. Zu den europäischen Problemen übergehend, zeigte sich Botschafter Weitnauer über den Zustand der atlantischen Welt besorgt. Er wies auf die imperative Notwendigkeit für die Schweiz hin, angesichts der Teilung Europas (Paktsystemangehörige, Neutrale, EG-Staaten, EFTA-Länder, Europarat) stets ihren Standpunkt darzulegen und zu verteidigen.

Staatssekretär van Well bemerkte dazu, ernste Probleme beständen, sie seien jedoch in einem längerfristigen Zusammenhang zu sehen.

Die Harmonisierung der Politik innerhalb den EG und die Abstimmung derselben mit den USA - insbesondere in wirtschaftlichen Belangen - sei sehr weit gediehen. Unter Präsident Ford habe die Bundesrepublik dies als eine Konstante betrachtet,

./.



- 2 -

die allerdings nunmehr in Frage gestellt sei. Zum Problem der Nichtverbreitung von Kernwaffen wäre Bonn beispielsweise überzeugt gewesen, dass darüber ein Konsens besteht; mit Präsident Carter "kam jedoch alles anders". Obwohl sehr enttäuscht, bleibt Bonn der Auffassung, dass es sich um einen Anpassungsprozess handle. Die Grundpositionen würden den Regierungswechsel in Washington sicherlich überstehen. Europa beginne allmählich, nicht nur sich der amerikanischen Politik anzupassen, sondern diese auch mitzubestimmen.

In Bezug auf die Europäischen Gemeinschaften, fuhr Staatssekretär van Well fort, hätten die vergangenen Jahre gezeigt, dass sie eine feste Realität seien. Das Interesse der Mitglieder an deren Bestand sei gross. Alle akzeptieren die Römer Verträge. Die gemeinsame Ueberzeugung habe sich gefestigt. Schwierigkeiten bzw. Verzögerungen im politischen Einigungsprozess (Vertiefung) ergäben sich allerdings aus der Erweiterung der EG; trotzdem habe sich erwiesen, dass der Entscheid über den Beitritt Grossbritanniens richtig war. Auch der Entschluss, die Neuner-Gemeinschaft auf zwölf auszudehnen, sei gefallen, mit dem Ziel, die Demokratie innerhalb der drei Kandidatenländer zu festigen und im übrigen Europa abzusichern.

Nach den Möglichkeiten einer Beteiligung der nicht-beitrittswilligen Länder am Integrationsprozess befragt, erklärte Staatssekretär van Well, die Ausgangslage in Europa sei dermassen unterschiedlich, dass man sich vorderhand mit den allgemeinen politischen Zielen der Römer Verträge zufrieden geben und mit praktischer Arbeit versuchen müsse, den Konsens zu vertiefen. Unter diesen Umständen sei es für die Neutralen leichter, sich mit Brüssel, bzw. mit den Regierungen der Neun, "zu arrangieren", als wenn allzu ambitiöse politische Finalitäten postuliert und theoretische Programme aufgestellt würden.

./.

Minister Blankart stellte fest, dass bezüglich Souveränität die Bundesrepublik mit den USA ähnliche Erfahrungen wie die Schweiz mit den EG gemacht habe. Die wirtschaftspolitische Machtdifferenz zwischen uns und den Neun sei evident. Deshalb seien die EG-internen Rechtsharmonisierungsarbeiten für die Schweiz von enormer Bedeutung; es gehe darum, das aufgrund des Freihandelsabkommens Erreichte nicht wieder durch unterschiedliche Normen und Vorschriften in Frage zu stellen. Somit hoffe die Schweiz, nicht vor die Alternative gestellt zu werden, entweder "post festum" die neuen Bestimmungen übernehmen zu müssen oder die Rechtsharmonisierung zu ignorieren, was wir uns wirtschaftlich gar nicht leisten könnten. Deshalb sollte mittels eines "europäischen Vernehmlassungssystems" der der Rechtsharmonisierung zugrunde liegende Konsens auch auf die Schweiz ausgedehnt werden.

Staatssekretär van Well erwiderte, die Evolution gehe in Richtung einer Vertiefung der Kompetenzen der Kommission. Zur Wahrnehmung ihrer Interessen müsse die Schweiz hier ansetzen; im übrigen werde die Zusammenarbeit auf längere Sicht wohl auf eine Art "Assoziationsformel" ausmünden. Die EG existieren und haben demnach eigene Interessen, die es zu vertreten gilt; das Gebilde besitzt ein objektives Gewicht und muss deshalb mit einer entsprechenden Politik versehen werden; diese sei jedoch auf Koordination und nicht auf Hegemonie ausgerichtet.

Botschafter Weitnauer gab zu bedenken, die Schweiz sei mit den EG besser integriert als manche der Mitglieder unter sich.

3. Auf den Europarat angesprochen erklärte Staatssekretär van Well, dieser müsse als Brückenschlag zwischen den EG und den Nicht-Neun benützt werden. Viel Expertise sei dort versammelt. Die EG beabsichtigen nicht, dieses Gremium zu dominieren; ihre Mitarbeit hänge indessen weitgehend davon ab, in welchem

- 4 -

Masse es ihnen gestattet werde, als Einheit aufzutreten. Bonn sei jedenfalls bereit mitzumachen. Bei der "Aktivierung" des Europarates hätten die Neutralen übrigens eine wichtige Rolle zu spielen.

4. Botschafter Weitnauer schnitt mit der Feststellung die Frage der Atlantischen Beziehungen an, diese seien zwischen der Bundesrepublik und den USA besonders vielfältig. Man glaube jedoch, eine gewisse Verstimmung registrieren zu können.

Staatssekretär van Well erinnerte daran, dass die Bundesrepublik als Teil der NATO im machtpolitischen Bereich nicht allein dastehe; in dieser Beziehung sei "der Schulter-schluss mit den USA absolut". Ueber die Dichte der Konsultationen könne Bonn sich nicht beklagen; Bundesausserminister Genscher und Staatssekretär Vance verstünden sich ausgezeichnet. Die Politik Carters sei allerdings nach innen gerichtet; er behalte die Entwicklung im Kongress im Auge, setze hiezu Prioritäten, ziehe Bilanz und komme zu einem Entschluss. Angesichts des starken persönlichen Einschlages des Präsidenten beim Entscheidungsprozess herrsche ziemliche Unsicherheit unter seinen Beratern. Auch habe Washington sich noch nicht an die Tatsache gewöhnen können, dass Europa eine eigene Position hat.

Entgegen Pressemeldungen, betonte Staatssekretär van Well, sei die atlantische Konzertierung und der gegenseitige Meinungsaustausch indessen selten so intensiv wie bei der Frage der Neutronenbombe gewesen. Der Entschluss betreffend die Neutronenwaffe sei aber das Ergebnis eines Konsens zwischen Präsident Carter und seinen engsten Mitarbeitern gewesen.

5. Im Nord-Süd-Verhältnis bestehen grosse Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern, erklärte Botschafter Jolles. Beide sind vom Bestreben geleitet, das marktwirtschaftliche Denken und dessen Ordnungsprinzipien möglichst aufrecht zu erhalten. Beide

./.

teilen ein gewisses Unbehagen angesichts der Dogmatik mancher Entwicklungsländer. Auch herrsche Einigkeit über die Notwendigkeit einer differenzierten Behandlung dieser Länder und der Verbesserung des Investitionsklimas. In der Frage der Rohstoffpolitik (gemeinsamer Fonds) habe Bonn indessen eine härtere Haltung eingenommen als die Schweiz.

Der Schaffung des Plenarausschusses der Vereinten Nationen, erklärte Botschafter Jolles weiter, hätten wir mit Vorbehalten gefolgt; nun bestehe dieses Gremium und müsse infolgedessen benützt werden, um die Weltwirtschaftszusammenhänge aufzuzeigen und die Ernsthaftigkeit unseres Engagements unter Beweis zu stellen.

Staatssekretär van Well pflichtete diesen Ausführungen bei. Bonn habe im Nord-Süd-Verhältnis eine allmähliche Versachlichung der Diskussionen feststellen können, die teilweise auf die Pariser KIWZ-Konferenz, aber auch auf den Erfolg des Systems von Lomé zurückzuführen sei.

Betreffend die Rohstoffpolitik versuche auch die Bundesrepublik zu differenzieren, indem das Problem über die Erlösstabilisierung (Instrument von Lomé) und nicht über die Preiskontrolle angegangen werde. Im übrigen trete sie stark für die Oeffnung der Märkte für Entwicklungsländer ein und verlange auch von den osteuropäischen Staaten Anstrengungen in dieser Hinsicht.

Botschafter Jolles entgegnete, es sei politisch wichtig, bei der Rohstoffpolitik ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, ansonsten die Glaubwürdigkeit der Industriestaaten leiden würde.

6. Zum bevorstehenden Bonner Wirtschaftsgipfel zeigte sich Botschafter Jolles besorgt: Den Nichtteilnehmern werde keine Gelegenheit zur Vorberatung innerhalb der OECD gegeben. Die

Neun hätten allgemein die Tendenz, ihre Politik unter sich abzusprechen und dann die USA und Japan zu konsultieren. Dabei werde die OECD ausgeschaltet und folglich auch die Schweiz.

Staatssekretär van Well ging darauf nicht ein.

7. Die Diskussion über die Ost-West-Beziehungen eröffnete Botschafter Weitnauer mit der Information, in Bern hätte ihm der sowjetische Botschafter gesagt, Moskau und Washington würden eine "gemeinsame Sprache sprechen, die nur sie beide verstehen". Dies deute auf einen "Bilateralismus der Supermächte" und stehe im Widerspruch zu früheren Erklärungen van Well's.

Staatssekretär van Well konzedierte, dass auf dieser Ebene ein Bilateralismus zwischen den USA und der Sowjetunion bestehe. Die BRD sei an einem guten Verhältnis zwischen den zwei Supermächten vital interessiert. Der "Mechanismus" dieser Beziehung werde hingegen verschiedentlich gehandhabt; vor allem würden die "Alliierten" auf andere Weise behandelt! Er habe den Eindruck, die USA seien vermehrt bereit, die europäische Meinung zu respektieren. Im Hinblick auf das Belgrader KSZE-Treffen hätten enge Konsultationen im NATO-Rahmen stattgefunden. Trotzdem sei die Haltung des Westens leider für Belgrad schlecht abgestimmt gewesen; Bonn habe mit Sorge den Bilateralismus der Supermächte in Belgrad beobachtet.

8. Botschafter Bindschedler erläuterte unsere Beurteilung des Ergebnisses des Belgrader Treffens. Belgrad habe wenigstens eine Minimallösung gebracht, indem die Schlussakte von Helsinki und die Festlegung eines weiteren Folgetreffens von keiner Seite in Frage gestellt wurde. Nun gelte es, die Vorbereitung von Madrid an die Hand zu nehmen. Dabei müsse man sich über die Konferenztaktik eingehender aussprechen und die Vorschläge besser aufeinander abstimmen. Insbesondere sei eine zeitliche Limite für die Konferenz eindeutig festzulegen.

Staatssekretär van Well stimmte im wesentlichen mit Botschafter Bindschedler überein. Das Nachfolgetreffen von Belgrad sollte jedoch nicht negativ beurteilt werden; die Enttäuschung beziehe sich auf das Schlusssdokument, nicht auf die Konferenz an sich.

Betreffend Madrid überlege sich Bonn, ob dieses Treffen nicht auf Regierungsebene angehoben werden sollte. Zur Straffung der Arbeiten sei jedenfalls ein fixiertes Enddatum unerlässlich. Auch wäre es vielleicht von Vorteil, die Diskussionen anders als in Belgrad einzuteilen, indem in jedem Abschnitt Rückblick und Ausblick "synchron" behandelt werden. Die Implementierungsdebatte in Belgrad sei ja mit negativen Gefühlen abgeschlossen worden und die Sowjetunion habe die Schwankung während der Weihnachtsferien vollzogen.

Das Expertentreffen in Bonn charakterisierte Staatssekretär van Well als Prozedurkonferenz zur Vorbereitung des Wissenschaftlichen Forums. Als Gastgeber habe Bonn dabei eine zurückhaltende Rolle zu spielen. Hauptziel sei, die wissenschaftliche Fachwelt zu animieren. Das Treffen habe die Aufgabe, den Ablauf des Forums festzusetzen, die Tagesordnung und die Themen zu definieren sowie sich über das Datum und den Ort des Forums einig zu werden.

9. Von Botschafter Weitnauer über die Prognose Bonns betreffend die Sondersession der UNO-Generalversammlung über Abrüstung befragt, erinnerte Staatssekretär van Well daran, dass der Vorschlag zur Sondergeneralversammlung von der Dritten Welt stamme. Diese werde den Charakter der Session stark bestimmen und dabei den Akzent auf die dank der Abrüstung für die Entwicklungsländer zusätzlich mobilisierbaren Mittel setzen. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich sehr aktiv an den Vorarbeiten beteiligt und gedenke den gemeinsamen Vorschlag der westlichen Staaten (ohne die USA) voll zu unterstützen. Bundeskanzler Schmidt

werde in New York das Wort ergreifen. Die Hauptaufmerksamkeit Bonns gelte den CBM's und der Offenlegung bzw. Vergleichbarkeit der Militärbudgets. Ferner könne eine statistische Studie über die Gegenüberstellung von Militärausgaben und Entwicklungshilfe von Interesse sein. Die Sondergeneralversammlung sollte sich nach Ansicht der BRD einerseits als nützliches Forum zur stärkeren "Motivierung der weltweiten Abrüstungsdiskussion" entwickeln, andererseits aber auch positive Nebeneffekte auf das Verhältnis der beiden Militärblöcke in Europa erzielen können.

Botschafter Weitnauer bemerkte hierzu, dass es gut sei, die Supermächte betreffend Abrüstung etwas unter Druck zu setzen; die Hauptverantwortung liege bekanntlich bei ihnen.

10. Ganz kurz legte Botschafter Weitnauer unsere Ansicht zur "Genf-Wien-Frage" dar.

Staatssekretär van Well versprach, die Bundesrepublik Deutschland werde ihren Beitrag zu einer möglichst weiten Abstimmung zwischen Oesterreich und der Schweiz in dieser Frage leisten.

11. Ein Aide-mémoire zur Unterstützung der Wiederwahl von Botschafter Frochoux in die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst wurde Staatssekretär van Well überreicht.

12. Gemäss der Vereinbarung beim Besuch von Bundespräsident Scheel in Bern im September 1977, lud Staatssekretär van Well Botschafter Weitnauer zu einem Gegenbesuch in Bonn für den Anfang des nächsten Jahres ein.

*

*

*

Schweizerische Delegation

Herr Botschafter A. Weitnauer
Herr Botschafter P.R. Jolles
Herr Botschafter R. Bindschedler
Herr Botschafter M. Heimo
Herr Botschafter J. Iselin
Herr Botschafter A. Hegner
Herr Botschafter J. Cuendet
Frau Botschafterin F. Pometta
Herr Minister J. Zwahlen
Herr Minister F. Blankart
Herr Y. Moret
Herr H. Renk
Herr H. von Arx
Herr P. Troendle
Herr A. Greber

Delegation der Bundesrepublik Deutschland

Herr Staatssekretär G. van Well

Herr Botschafter U. Lebsanft

Herr Dr. Ch. Feit, VLR I

Herr Dr. E.-J. von Studnitz, VLR

Herr R. Marks, Botschaftsrat

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Bern, den 26. Mai 1978

TR/sw

VERTRAULICH

- An alle Schweizerischen Botschaften
- An den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An das Bureau des Schweizerischen Beobachters bei der Organisation der Vereinten Nationen, New York
- An die ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- An den ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Paris
- An die Schweizerische Delegation bei der Europäischen Freihandels-Assoziation und der GATT, Genf

Kopie:

Herr Bundesrat Pierre AUBERT	Herr GLESTI
Herr Botschafter WEITNAUER	Herr MAILLARD
Herr Botschafter BINDSCHEDLER	Herr MORET
Herr Botschafter DIEZ	Herr RAEBER
Herr Botschafter ISELIN	Herr STAUFFER
Herr Botschafter HEGNER	Herr QUINCHE
Frau Botschafter POMETTA	Herr THURNHEER
Herr Botschafter HEIMO	Herr STETTLER
Herr Botschafter CUENDET	Herr HEINIS
Herr Botschafter BRUNNER	Herr GREBER
Herr Minister ZWAHLEN	Herr BISCHOF
Herr Minister JACCARD	Herr <u>SALUZ</u>
Herr Minister BLANKART	Herr VON ARX
Herr KAUFMANN	Herr DE PURY
Herr ANDRES	
Herr RENK	TR / VP / CX

Herr Botschafter JOLLES (HA)
 Herr Botschafter SOMMARUGA (HA)
 Herr LUGON (HA)
 Herr Oberst MARK (GGST, Op)

p.B.15.21.A.(4) - TR/sw

Bern, den 26. Mai 1978

VERTRAULICH

Besuch von Günther van Well, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
der Bundesrepublik Deutschland, in Bern, vom 17. bis 18. April 1978

Herr Botschafter,

Auf Einladung von Herrn Botschafter Weitnauer, Generalsekretär des EPD, wollte Herr Staatssekretär van Well zu einem Meinungsaustausch in Bern. Herr van Well stattete Herrn Bundesrat Aubert einen Höflichkeitsbesuch ab. Gemäss der anlässlich des Besuches von Bundespräsident Scheel in Bern im September 1977 getroffenen Vereinbarung, lud Herr van Well den Generalsekretär zu einem Gegenbesuch in Bonn für Anfang des nächsten Jahres ein.

In der Beilage übermitteln wir Ihnen die Aufzeichnung über die Gespräche.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

POLITISCHE ABTEILUNG I



(A. Hegner)

Beilage:

- Kopie der Aufzeichnung
- Delegationslisten